

Stellungnahme

Eingebracht von: Bratl, Christine

Eingebracht am: 17.09.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Bürgerin kann es mir nicht egal sein, dass unsere Grund- und Freiheitsrechte in dieser Krise mit Füßen getreten werden. Es werden unter dem Deckmantel der Gesundheit Einschnitte vorgenommen, die unpräzise sind und weit über das Ziel der Eindämmung hinaus gehen.

Wir sind ein demokratischer Staat und daher ist es besonders wichtig, dass Bereiche, wo es zu Einschränkungen kommen kann sehr präzise formuliert werden und es für alle diese Änderungen zeitliche Beschränkungen gibt. Es muss genau beschrieben sein, wann eine epidemiologische Situation vorliegt, die besondere Maßnahmen verlangt.

Dieses Gesetz kommt als Bummerang zu uns allen zurück - Österreich wird zunehmend zu einer Diktatur umgebaut und die Grünen schauen tatenlos zu. Presseförderung an Medien, die die Regierungslinie treu verfolgen, keine oder wenig Förderung an kritische Medien, immer mehr Budget für die Propagandapolitik der ÖVP, aber kein Geld für die Verbesserung der Tests, der Reaktionszeiten oder ein einheitliches Vorgehen für die Pandemie.

Es sollte ausreichend Zeit geben so umfangreiche Änderungen zu begutachten und alle sollten gehört werden.

Diese Pandemie muss mit Hausverstand und mit der Info von Experten bewältigt werden, die Wirtschaft und Bildung muss so uneingeschränkt wie möglich funktionieren und die Angstmache muss aufhören.

Österreich ist schon einmal in eine Krise geschlittert und nachher haben sich alle gefragt wie das passiert ist, warum niemand etwas gesagt hat.

Passen wir diesmal besser auf und begutachten genau, was hier umgesetzt werden soll.

Mein Einspruch ist fix, aber wahrscheinlich muss sich der normale Bürger wieder auf den Verfassungsgerichtshof verlassen, um zu seinem Recht zu kommen.

Ich bitte um Berücksichtigung meines Einspruchs.

Christine Bratl